



trägt der Kampf zwischen christlichen Nordosseten und moslemischen Inguschen den Bürgerkrieg erstmals in die Russische Föderation – ein Warnzeichen für Rußlands Präsidenten Boris Jelzin, dessen Staat ebenso zusammenstürzen könnte wie die Sowjetunion des Michail Gorbatschow.

Jelzin wollte sich Freunde machen gegen ein drittes Volk in der Region, die unbotmäßigen Tschetschenen, die sich unter ihrem Präsidenten Dschochar Dudajew von Rußland gelöst haben. Er ermunterte voriges Jahr die Inguschen, sich vom Verbund mit den Tschetschenen zu trennen. Sie sollten sich auch fruchtbaren Boden zurückholen dürfen, den Stalin ihnen einst genommen und den Osseten zugeteilt hatte.

Um die Bergvölker unter Kontrolle zu halten, hatte der Gewaltherrscher Stalin die unruhigen Osseten zwischen Rußland und Georgien aufgeteilt, die rund 90 000 Inguschen aber gegen ihren Willen mit 400 000 Tschetschenen 1934 zu einer Republik zusammengeschlossen. Beide Stämme erhoben sich sechs Jahre später während des sowjetischen Krieges gegen Finnland gemeinsam gegen die Sowjetherrschaft. Als sich 1942 die Deutschen näherten, wollten die Tschetschenen und Inguschen sogar eine provisorische Regierung bilden.

Hitlers Wehrmacht marschierte bis kurz vor die nordossetische Hauptstadt Ordschonikidse – die Tschetschenen-Inguschen-Republik aber besetzte sie nicht. Nach dem Rückzug der Deutschen übte Stalin Rache an den Kaukasus-Minoritäten, die er der Kollaboration mit dem Feind verdächtigte. Die rebellischen Tschetschenen und Inguschen ließ er 1944 nach Mittelasien deportieren, ihre Republik löste er auf. Erst Nikita Chruschtschow stellte sie 1957 wieder her, die Überlebenden durften zurückkehren. Aber der Landstrich Prigorodny blieb bei Ossetien – und den wollten die Inguschen nun mit Gewalt wiederhaben.

Die Osseten vertrieben die eingedrungenen Freischärler mitsamt den ansässigen inguschischen Bauern. Ihre Greuel taten alarmierten Moskau, Jelzin griff

ein. Er verhängte über das Gebiet den Ausnahmezustand und schickte 3000 Fallschirmjäger und Spezialisten der früheren KGB-Truppe „Alpha“ zur Unterstützung der Polizeidivision am Ort.

Nach der Sieben-Tage-Intervention triumphierte Jelzin, dem sein Parlament voriges Jahr einen Schlag gegen das abtrünnige Tschetschenien noch untersagt hatte: „Rußland hat bewiesen, wie schnell es schwierige Situationen meistern kann.“ Die Genugtuung war verfrüht.

Unter den Augen russischer Soldaten ist inzwischen eine ethnische Säuberung in Gang, vor allem rings um die Osseten-Hauptstadt, die wieder so heißt wie zur Zarenzeit: Wladikawkas („Beherrsche den Kaukasus“). Die Inguschen forderten, die Stadt zu teilen – in einen inguschischen und einen ossetischen Sektor, mit dem Fluß Terek als Grenze, wie 1924.

Im Dorf Kurtat stürmten ossetische Landwehrmänner in Schützenketten die Straße entlang. Rechts und links traten sie die Türen inguschischer Bauernkaten ein, feuerten mit Maschinenpistolen und steckten die mit Benzin übergossenen Häuser an.

„Die Menschen haben wie Fackeln gebrannt“, klagte Dorflehrer Daskijew noch Tage nach der Strafaktion über die einst friedlichen Nachbarn: „Meine Familie hat sich aus dem Fenster gestürzt und gerettet.“ Über tausend Tote lautet die Opferbilanz der Inguschen. Die ossetische Seite gab 154 Gefallene an.

Ihren Haß reagieren die Überlebenden an Wehrlosen ab: Gefangene werden gefoltert, Frauen vergewaltigt, Leichen geschändet, Geiseln nur gegen ein Lösegeld von einer halben Million Rubel freigelassen.

40 000 Menschen, fast die gesamte einst in Ossetien lebende Inguschen-Bevölkerung, sind auf der Flucht. Aus den Bergen droht ein Partisanenkrieg. Der gesamte Kaukasus gerät in Aufruhr, aus Georgien strömten Freiwillige herbei, laut *Iswestija* „sadistische Räuber“.

Russische Panzer rückten am vorigen Dienstag auch in Inguschien ein und besetzten Grenzgebiete, welche die Tschetschenen für sich reklamieren. Die Intervention erboste Jelzins alten Feind Dudajew. Der Exgeneral in der Tschetschenen-Hauptstadt mit dem Kolonialnamen Grosny („Bedrohlich“) ist mit Bomberstaffeln ausgerüstet. Er erklärte dem „Aggressor Rußland“ den Krieg: „Entweder sind wir nur russisches Vieh oder eine richtige Nation. Der Spaß hat aufgehört.“

Das Ultimatum wirkte. Der Kommandeur des russischen Expeditions-

korps, Generalmajor Wassilij Sawwin, mochte nicht der Bluthund sein und bat um Entlassung. Premier Jegor Gaidar flog aus Moskau ein und befahl den Rückzug bis 30 Kilometer hinter die Grenze.

In einem offenen Brief kündigten die Inguschen dem russischen Präsidenten wegen des „lange geplanten Völkermords“ die Freundschaft auf. Sie drohen mit einer 20 000-Mann-Guerilla. Inguschische Flüchtlinge sprengten vorigen Mittwoch eine Osseten-Pressekonferenz in Moskau.

„Faschisten“, fuhr der ossetische Kulturminister Dsantijew daraufhin seine Feinde an. Nie bekämen die Nachbarn ihr Land zurück.

Generalmajor Tschaikowski von den Verfügungstruppen des Moskauer Innenministeriums fürchtet einen Flächenbrand im Kaukasus: „Das Schicksal Rußlands steht auf dem Spiel.“

England

Schlimmste Ketzerei

Die Zulassung der Priesterweihe für Frauen spaltete die anglikanische Kirche. Traditionalisten fliehen in den Schoß des Vatikans.

Eine rote Freudenrakete fauchte in Londons Himmel und zerplatzte, Sterne sprühend, über Westminster Abbey, der Krönungs- und Grabesbasilika der englischen Könige. Vor dem benachbarten „Church House“, Sitz der anglikanischen Staatskirche, ju-



Generalsynode der anglikanischen Kirche:

belten Hunderte: „Die Kirche lebt.“ Männer und Frauen, Priester und Laien fielen sich schluchzend in die Arme.

Ausgelöst wurde der Jubel durch die wohl bedeutsamste Entscheidung seit der Abspaltung von Rom: Mit zwei Stimmen mehr als der nötigen Zweidrittelmehrheit beschlossen die 553 Bischöfe, Priester und Laien der anglikanischen Generalsynode vorigen Mittwoch, Frauen zum Priesteramt zuzulassen.

Zur Zeit sind Frauen nur als rangniedere Diakone geduldet; sie dürfen weder Abendmahl noch Segen erteilen. Nun warten etwa 1300 hochmotivierte Ladys darauf, das von den Katholiken geerbte Männermonopol zu knacken.

Die Kirche wird die von George Carey, dem Erzbischof von Canterbury, herbeigelegte „göttliche Führung“ bitter nötig haben. Denn für fromme Fundis ist der Durchbruch der Frauen „Verrat an der Bibel und der Kirchentradition“. Nun muß die Church of England mit Abspaltungen und Massenausritten rechnen.

Kaum hatte der Familienvater und Frauenförderer Carey das historische Verdikt verkündet, erklärte die Tory-Abgeordnete und Sozialstaatssekretärin Ann Widdecombe ihren Kirchenausritt: „Lieber die Konfession wechseln als Dissidentin sein“, begründete sie ihre Fahnenflucht zu den Katholiken.

Jeder fünfte Gläubige, so ermittelte die BBC, ist gegen Pastorinnen. Agrarminister John Gummer will aus Protest seinen Sitz in der Synode aufgeben; drei Bischöfe haben angedroht, ihre Ämter niederzulegen. Bis zu 2000 Priester – von insgesamt 11 500 – dürften in andere Berufe wechseln, eine orthodoxe Rumpfkirche gründen oder aber, attrak-

tivste Lösung, zu den Katholiken überlaufen.

In Rom rügte ein Sprecher von Papst Johannes Paul II., der Frauenentscheid sei ein „neues und ernstes Hindernis für die Versöhnung“ von Katholiken und Anglikanern. Damit scheint ein seit 25 Jahren fortschreitender Annäherungsprozeß zwischen Rom und London vorerst gestoppt.

Seit Heinrich VIII. 1534 mit Rom brach, weil der Papst ihm die Scheidung von seiner Frau Katharina verweigerte, ist das gekrönte Staatsoberhaupt auch Kirchenoberhaupt – mit Königin Elizabeth II. hat die Kirche ohnehin schon einen weiblichen Chef. Der Erzbischof von Canterbury wiederum darf die Monarchen in Westminster Abbey krönen.



Frohlockende Anglikanerinnen
Männermonopol geknackt

Die Verquickung von Politik und Kirche ist total. Der Premierminister – nur der Form nach tut es die Queen – ernannt die Bischöfe und übt damit (zu seinem Leidwesen nur momentan) eine „göttliche Autorität“ aus. Änderungen am Kult, also auch jetzt die Priesterweihe für Frauen, müssen wie ein ordinäres Rentengesetz von Ober- und Unterhaus bestätigt werden.

Obwohl die anglikanische Kirche an Priesterschwund und Auszehrung leidet – nur etwa drei Prozent der 30 Millionen Mitglieder sind noch regelmäßige Kirchgänger –, ist ihr Rang als Staatsinstitution unumstritten. Logisch, daß die BBC die Priesterinnendebatte wie ein Fußball-Länderspiel live übertrug, fast acht Stunden lang.

Der heilige Krieg der Geschlechter tobt schon seit 1975. Damals hatte die Generalsynode ihre Einwände gegen

Priesterinnen erstmals für gegenstandslos erklärt. Was für den liberalen Flügel der Kirche Aufbruch und ein neues Priesterreservoir bedeutete, war für die Traditionalisten der Beginn der liberalen Fäulnis. Ein Spötter im Church House: „Frauenpriester, Schwulenehen vor dem Altar, Pferdewetten am Tag des Herrn. Good-bye Rome.“

Als 1987 erstmals Frauen als Diakone zugelassen wurden, eskalierte der Kirchenzank; „sonst milde gestimmte Kirchenleute“ wandelten sich in „Glaubenskämpfer auf Kriegspfad“, wie der *Economist* konstatierte.

Der Bischof von Sheffield, David Lunn, verglich die Reformer mit Klerikern des Dritten Reichs, die „Hitlers Rassismus“ unterstützt hätten. Im anderen Lager polemisierte der Synodale

Philip Crowe gegen die „unerträgliche Beleidigung der Frauen“ durch eine „von männlichen Machtvorstellungen deformierte Theologie“. Die gegen den innerkirchlichen „Frauenhaß“ kämpfende Londoner Diakonin Nerissa Jones erhielt per Post Morddrohungen.

Der Glaubenskrieg wurde auf die Straße getragen. Eine „Bewegung Frauen gegen die Ordinierung von Frauen“ hielt mit lodernen Fackeln Wache vor Erzbischof Careys Amtssitz; die „Bewegung lesbischer und schwuler Christen“ marschierte für Priesterinnen.

Auch nach dem Sieg der Frauen wollen die

Orthodoxen nicht die Waffen strecken. Bischöfe dürfen Priesterinnen für ihre Diözesen ablehnen. Auch Kirchenge-meinderäte können per Beschluß auf Männern im Priesterrock bestehen. Ein Wortführer der Reformfeinde, Reverend Peter Geldard: Damit stehe jetzt „Gemeinde gegen Gemeinde“. Die Tory-Abgeordnete Lady Olga Maitland will im Unterhaus „mit Klauen und Zähnen“ die Ratifizierung des Priesterinnengesetzes bekämpfen.

Die Traditionalisten erbittert vor allem, wie unbekümmert Carey es auf einen Konflikt mit dem Papst ankommen ließ. Als Carey im Mai den Heiligen Vater in Rom besuchte, warnte Johannes Paul II. den Briten, er müsse wählen zwischen Frauenordination und engerer Bindung an die katholische Kirche. Der Erzbischof, der erst als 17-jähriger zum erstenmal eine Kirche von innen sah,



„Verrat an Bibel und Kirchentradition“

blieb unbeeindruckt. Der Spätberufene erklärte die Vorstellung, daß „nur ein Mann Christus vor dem Altar“ repräsentieren könne, für „schlimmste Ketzerei“.

Fortschrittliche Katholiken erhoffen sich von der Frauenoffensive der britischen Verwandten einen Anstoß auch für Rom. Der Statthalter des Vatikans in London, Kardinal Basil Hume, reagierte auffallend versöhnlich: Auch in der römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft müsse „gemeinsam mit anderen Kirchen nach Wegen zur Priesterschaft für Frauen gesucht“ werden.

Frankreich

Hunde losgelassen

Neuer Höhepunkt in der Affäre um HIV-verseuchtes Blut: Drei Spitzengenossen müssen vor ein Sondergericht.

Laurent Fabius plagt ein schrecklicher Zweifel: „Zuweilen sehe ich in den Spiegel und frage mich, ob ich nicht, ohne es zu wissen, ein Mörder bin.“

Lange galt der Chef der Sozialistischen Partei als Erbe des Staatsoberhauptes François Mitterrand. Im Alter von 37 Jahren wurde er 1984 zum Premier ernannt – dem jüngsten seit 165 Jahren. Nun aber klebt ihm Blut an den Fingern, davon sind seine Gegner überzeugt.

Der Ex-Premier ist in ein Drama verwickelt, das in seiner Amtszeit als Regierungschef begann und inzwischen zu einer Staatsaffäre wurde – zu einem französischen „Bloodgate“, wie *Le Monde* schrieb.

Im Jahre 1985 hatte die französische Regierung für Transfusionen wissentlich Blut verteilen lassen, das mit dem Aids-Virus verseucht war. Etwa 1500 Bluter wurden dabei infiziert, über 300 von ihnen sind inzwischen an den Folgen gestorben. Und das Sterben geht weiter, niemand weiß genau, wie viele Patienten durch Übertragungen von verseuchtem Blut zu Todeskandidaten wurden.

Welch bodenloser Leichtsinns hat einen solchen, in Westeuropa einzigartigen Skandal ermöglicht, fragen sich Frankreichs verstörte Bürger. Und was wußte der Regierungschef Laurent Fabius tatsächlich? Warum haben der damals zuständige Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Edmond Hervé, und Sozialministerin Georgina Dufoix auch dann die Ausgabe des verseuchten Blutes nicht verhindert, als sie endlich von Beratern informiert worden waren?

Ein „Klima der Lynchjustiz“, so der Kulturminister und Mitterrand-Vertraute Jack Lang, hat das Land ergriffen, das nicht hinnehmen will, daß bisher nur einer der Verantwortlichen des Skandals ins Gefängnis mußte: Michel Garretta, ehemals Direktor des Nationalen Bluttransfusionszentrums. Zwei weitere Beamte wurden verurteilt, haben aber Berufung eingelegt. Die Politikerin Dufoix redete sich mit der Formel heraus, sie fühle sich „verantwortlich, aber nicht schuldig“.

Der Pariser Staranwalt Jaques Vergès stellte mehrere Strafanträge wegen „Vergiftung“ gegen Fabius. Die konservative Opposition forderte die Einberufung eines Sondertribunals, des Hohen Gerichtshofs, vor dem sich nach der



Sozialisten-Chef Fabius
„Niemals informiert“

Verfassung Regierungsmitglieder für Verbrechen und Verfehlungen im Amt verantworten müssen. Die sozialistische Fraktion im Parlament blockierte zunächst die Einberufung der „Haute Cour de justice“. Sie wollte nicht zulassen, daß „drei Juden verbrannt werden, um die Pest abzuwenden“, so Elysée-Generalsekretär Hubert Védrine.

Doch nun müssen die Genossen klein beigeben – auf allerhöchsten Wunsch. In einem Fernsehinterview verfügte der Präsident vorige Woche, das Hohe Gericht möge zusammentreten. „Mitterrand hat die Hunde losgelassen“, klagten Freunde von Fabius.

Schon am Mittwoch dieser Woche wollen die Parlamentarier je zwölf Senatoren und Abgeordnete benennen, die sich zur „Haute Cour“ konstituieren

und das Verfahren gegen Fabius, Hervé und Dufoix einleiten sollen. Der Prozeß ist eine Premiere: In der Geschichte der Fünften Republik, also in 34 Jahren, hat dieses Sondergericht für die politische Elite nicht ein einziges Mal geurteilt.

In einer vertraulichen Unterredung drei Tage vor seinem TV-Auftritt hatte der Staatsschef seinem einstigen Kronprinzen Fabius angedeutet, daß er auf die Bluter-Tragödie reagieren müsse: Im März 1993 stehen Parlamentswahlen an, und Mitterrands Sozialisten sind durch Korruptionsaffären, Finanzmanipulationen und Mißmanagement schwer angeschlagen. Mitterrand entschied sich zur Flucht nach vorn und bat die Geschädigten öffentlich um Verzeihung.

Unklar ist bis heute, wieviel Fabius, Hervé und Georgina Dufoix ab wann wußten. Sicher ist nur, daß in den Pariser Ministerien Warnungen mißachtet, Vorgesetzte nicht nachdrücklich informiert wurden. Im Hôtel Matignon, dem Sitz des Premierministers, „hat es an Informationen gefehlt, um die Dringlichkeit erkennen zu können“, behauptet François Gros, der zum fraglichen Zeitpunkt der wissenschaftliche Berater von Premier Fabius war.

Oft genug aber kungelten die Technokraten unbekümmert untereinander. Etwa am 9. Mai 1985: Da entschied eine Runde von Ministerberatern, einen vom US-Pharmaunternehmen Abbott entwickelten HIV-Test so lange vom Markt fernzuhalten, bis das französische Unternehmen Diagnostics Pasteur mit einem gleichwertigen Verfahren aufwarten konnte. Wochen vergingen, die womöglich das Todesurteil für Hunderte bedeuteten. Gros, ehemals Direktor des Institut Pasteur, saß mit am Tisch.

In Gefängnissen wurde weiter Blut gesammelt, obwohl den Behörden schriftliche Warnungen vorlagen, daß die Infektionsrate bei Häftlingen überdurchschnittlich hoch war.

Michel Garretta und seine Helfer im Transfusionszentrum wußten jedenfalls, daß das von ihnen verwendete Blut tödlich wirken konnte. Doch noch am 26. Juni 1985 gab der Mediziner Anweisung, das Blut, das durch Erhitzen leicht hätte sterilisiert werden können, weiter zu verteilen, „bis der Vorrat erschöpft ist“.

Vier Monate später, inzwischen war die Gefährdung publik geworden, notierte Garretta, der Wirbel in der Presse sei „bedauerlich“, nun werde er die Bestände nicht mehr los.

Staatssekretär Hervé hatte von der Gefahr am 20. Juni jenes Jahres erfahren. Konsequenzen zog er erst Wochen später. Bis Ende November 1985 wurde Blut, das nicht systematisch auf das HIV-Virus getestet war, von dem privaten Institut Mérieux in elf Staaten exportiert, darunter nach Italien, Griechenland, Portugal und in den Irak.